

Herrn

Dr. med. habil. G. Schorsch

L e i p z i g

Straße des 18. Okt. Nr. 13

Verehrter, lieber Herr Doktor!

Die soeben erhaltene Nachricht von Ihrem glücklichen Eintreffen in der Heimat war mir eine große Freude. Nun dürfen wir mit Zuversicht die baldige gemeinsame Arbeit ins Auge fassen. Die Bestätigung Ihrer Berufung durch den Regierungspräsidenten in Minden ist schon vor einigen Tagen eingegangen. Hoffentlich gibt es auch bei der Reichsärztekammer keine Schwierigkeiten, so daß Sie dann die Lösung Ihres bisherigen Dienstverhältnisses vornehmen können. Mit dem Eintritt zum 1. September sind wir einverstanden. Die rechtzeitige Fertigstellung der Wohnung will ich veranlassen.

Als Sie hier waren, sagte ich Ihnen, daß der, der zu uns komme, bereit sein müsse, manche Lasten mit uns zu tragen. Früher und ernster, als ich gedacht, sind Fragen aufgetaucht, die an die Existenz unserer Arbeit rühren und uns vor ernste Entscheidungen stellen. Wir sprachen damals schon kurz über die in den sächsischen Anstalten sichtbar gewordenen Tendenzen zur Ausmerzungen der „Minderwertigen“ durch starke Herabsetzung der Kostsätze. Diese Bestrebungen haben inzwischen weiteren Raum gewonnen und Formen angenommen, die uns größte Sorgen erwecken. Vom Reichsinnenministerium aus werden an die Anstalten Fragebogen über die einzelnen Kranken versandt. Diese Bogen sollen bei allen Patienten ausgefüllt werden, die entweder nur noch mit mechanischen Arbeiten beschäftigt werden können oder bei denen der Anstaltsaufenthalt länger als 5 Jahre dauert. Erfasst werden nicht nur Imbezille, Epileptiker, Schizophrene, sondern auch Alterskranke. Darum hat man teilweise bei den Erhebungen auch Pflege- und Alters

heime mit erfaßt. Nach einiger Zeit erhalten die Anstalten vom zuständigen Reichsverteidigungskommissar den vorläufigen Bescheid, daß aus planmäßigen Gründen Verlegungen stattfinden müßten. Wieder nach einiger Zeit kommt, in den preußischen Provinzen vom Oberpräsidenten, eine namentliche Liste mit der Weisung, die Kranken zum Abtransport fertig zu machen, den Angehörigen aber keine Nachricht zu geben. Ein Unterschied zwischen Privatpatienten und Fürsorgekranken wird nicht gemacht. Der Abtransport erfolgt durch eine besondere Gesellschaft, die Verlegung in räumlich weit entfernte Anstalten. Es handelt sich insbesondere um die Anstalt Grafeneck auf der Schwäbischen Alb, um ein früheres Kloster bei Linz an der Donau und um das ehemalige Zuchthaus in Brandenburg. Dort verschwinden die Kranken spurlos. Nach zwei bis drei Wochen laufen dann bei den Angehörigen, soweit solche vorhanden, im wesentlichen gleichlautende Mitteilungen ein, daß der Kranke leider „trotz aller ärztlichen Bemühungen“ an Grippe, Kreislaufstörung oder dergleichen verstorben sei, daß „wegen Seuchengefahr“ die Einäscherung sofort habe erfolgen müssen und die Urne zur Verfügung stehe.

Schon als die ersten Nachrichten aus verschiedenen Gegenden des Reiches an uns kamen, bin ich gemeinsam mit der Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche beim Reichskirchenminister vorstellig geworden und durch seine Vermittlung in der Reichskanzlei. Ein von unserem Mitarbeiter Pastor Braune-Lobetel als Vizepräsident des Central-Ausschusses für Innere Mission erstatteter schriftlicher Bericht ist schon vor 14 Tagen Reichsminister Lammers zugeleitet worden.

Inzwischen gingen nun auch hier, wie bei allen westlichen Anstalten, die Fragebogen ein. (3000 Stück) Uns war es klar, daß wir damit vor eine Frage gestellt waren, bei der es sich um Leben und Sterben unserer Anstalt handelt. Ich besprach daher die Angelegenheit zunächst mit dem Reichsstatthalter Dr. Meyer in Münster, der mir sagte, daß er bisher weder als Oberpräsident noch als Gauleiter über die Dinge unterrichtet sei. Im Einvernehmen mit ihm bat ich den Staatssekretär Dr. Conti um eine Besprechung. Dieser wich aber, wie ich vermutet hatte, aus. Die Verhandlung mit seinen beiden Sachbearbeitern bestätigte unsere Sorgen in vollem

Umfang. Es sollen planmäßig die „ausgebrannten Schlacken geopfert werden“, wie man sich ausdrückte. Das wird in den genannten Anstalten durch eine radikale Entziehung von Nahrung, Raum und Pflege erreicht. So sind im Lauf der letzten Monate sicher schon Tausende ausgemerzt worden. Mit der Durchführung des Verfahrens sind im Ministerium anscheinend in erster Linie Landwirte betraut, die durch keinerlei ärztliche oder juristische Bedenken belastet sind. Daß durch dieses Verfahren alles Vertrauen zur Anstaltsarbeit und zu den Ärzten in Frage gestellt werden muß, gaben die Herren nicht zu. Sie erklärten, daß sie bisher noch keine Beschwerden bekommen hätten. Uns aber werden mit jedem Tage deutlicher die Wellen der Unruhe und der Angst spürbar, die über viele Familien kommen. Denn natürlich werden die Dinge allmählich bekannt. Bei dem summarischen Verfahren werden immer wieder Leute erfaßt, die durchaus noch gemeinschaftsfähig waren, und die man nicht zu den ausgebrannten Schlacken rechnen konnte.

Ich bin im Anschluß an die Besprechung im Innenministerium bei den andern in Betracht kommenden staatlichen Stellen in Berlin vorstellig geworden und hoffe, daß insbesondere der Reichsjustizminister sich einschalten wird. Gleichzeitig hat Herr Dr. Jaspersen, der Psychiater unseres Diakonissenhauses, in Berlin mit Parteistellen verhandelt. Er sowohl wie Herr Dr. Dickel sind mit uns darin einig, daß wir die Ausfüllung der Fragebogen ablehnen müssen, solange wir dadurch das Leben der uns anvertrauten Kranken in Gefahr bringen. Zweifellos fehlen für die jetzt eingeschlagenen Wege alle gesetzlichen Unterlagen. Helfen wir dabei mit, so ist die ganze bisherige Geschichte von Bethel verleugnet. Wir verlieren alles Vertrauen und stehen dadurch vor dem Ende unserer Arbeit. Dann ist es besser, daß wir im Kampf für unsere Kranken der Gewalt unterliegen. Vorläufig glaube ich zwar nicht, das man Schritte gegen Bethel unternehmen wird. Wahrscheinlich wäre man im Ministerium bereit gewesen, uns besondere Rücksichten zuzusagen. Eine solche Ausnahmebehandlung habe ich ausdrücklich abgelehnt.

Bei diesen Verhandlungen habe ich oft an Sie denken müssen, indem ich die Spannung erwog, in die Sie gleich im Anfang Ihrer Arbeit mit uns hineingestellt würden. Sollte Ihnen noch vor Antritt Ihres Urlaubs eine mündliche Besprechung dieser Fragen

erwünscht sein, so stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Nur würde gegebenenfalls eine telefonische Verständigung über den Zeitpunkt ratsam sein. (Telefon: Bielefeld 3911) Lieber wäre es mir, wenn ich Ihnen in 14 Tagen melden könnte, daß durch eine Entscheidung der Reichsregierung die Fortsetzung der illegitimen Maßnahmen unterbunden ist.

Mit herzlichen Grüßen, auch an Ihre verehrte Frau Gemahlin,

Ihr